



TRENDS UND ENTWICKLUNGEN

Open Doors – Weltverfolgungsindex 2025

Weltweit sind mehr als 380 Millionen Christen aufgrund ihres Glaubens einem hohen bis extremen Maß an Verfolgung und Diskriminierung ausgesetzt. Die Verfolgung hat im Vergleich zum Vorjahr wieder an Intensität zugelegt. Das belegt der neue Weltverfolgungsindex 2025, eine Rangliste der 50 Länder mit der stärksten Christenverfolgung.

Die 50 Länder sind den Rubriken »extreme Verfolgung« (81–100 Indexpunkte) und »sehr hohe Verfolgung« (61–80) zugeordnet. Davon sind aktuell mehr als 310 Millionen der insgesamt dort lebenden rund 740 Millionen Christen betroffen. In 28 weiteren Ländern leiden Christen unter einem zumindest hohen Maß an Verfolgung und Diskriminierung (41–60). Die Intensität der Verfolgung, woraus sich die Positionierung auf dem Weltverfolgungsindex ergibt, lässt sich an der Gesamtpunktzahl für ein Land ablesen.

Christen sind der Verfolgung und Diskriminierung durch Regierungen wie etwa in Kirgisistan und Kasachstan ausgesetzt. Genauso leiden sie in der Instabilität und Gesetzlosigkeit in durch Bürgerkrieg geprägten Ländern wie Jemen, Myanmar oder Sudan. Die Gewalt in Subsahara-Afrika ist weiterhin beispiellos hoch und trifft in größtem Ausmaß Christen. Zunehmend werden Christen in den Untergrund gedrängt, etwa in Algerien, China oder Afghanistan. Insgesamt werden sie in 78 Ländern diffamiert, schikaniert, inhaftiert, geschlagen, vertrieben und ermordet, weil sie sich zu Jesus Christus bekennen. Der Berichtszeitraum des aktuellen Weltverfolgungsindex (WVI) reicht vom 1. Oktober 2023 bis zum 30. September 2024.

Die aufgrund von Konflikten in vielen Ländern sehr angespannte Sicherheitslage hat in manchen Ländern die Dokumentation der Verfolgung und Diskriminierung von Christen erschwert.

Folgende Entwicklungen prägen die Verfolgungssituationen für Christen im aktuellen Weltverfolgungsindex (WVI):

1. Gewalt führt zu einem deutlichen Anstieg der Punktzahl.....	2
1.1. Autoritarismus in Zentralasien	2
1.2. Bürgerkrieg in Jemen und Myanmar.....	3
1.3. Anhaltende Gewalt in Subsahara-Afrika	4
2. Die Kirche wird vermehrt in den Untergrund gedrängt	5
3. Mexiko sticht in Lateinamerika hervor	7
4. Einige positive Neuigkeiten	7

1. Gewalt führt zu einem deutlichen Anstieg der Punktzahl

Eine Zunahme der christenfeindlichen Gewalt hat in mehreren Ländern auf dem Weltverfolgungsindex zu erheblichen Veränderungen in der Wertung geführt. Während die Gewalt der gemeinsame Nenner dieser Länder war, waren die Kontexte unterschiedlich: entweder streng kontrollierte autokratische Staaten oder Länder, die aufgrund einer schwachen Regierung oder eines Bürgerkriegs instabil sind.

1.1. Autoritarismus in Zentralasien

Die Situation der Christen in **Kirgisistan** verschlechterte sich unter den 50 Ländern des Weltverfolgungsindex am deutlichsten, was zu einem Anstieg um 7 Wertungspunkte führte. Während das zentralasiatische Land im Vorjahr noch auf Rang 61 rangierte, ist es im neuen Weltverfolgungsindex 14 Plätze auf Rang 47 vorgerückt. Damit wird Kirgisistan erstmals seit 2013 wieder auf dieser Rangliste geführt. Der Hauptgrund für diese starke Veränderung war ein deutlicher Anstieg der Gewalt gegen die Kirche. So berichtete der Baptistenbund, dass im Laufe des Jahres mehrfach Anwohner das Büro einer christlichen Organisation in Karakul mit Steinen bewarfen, um sie von ihrem Grundstück zu vertreiben. Im März stürmten teils bewaffnete Vertreter der staatlichen Kommission für religiöse Angelegenheiten die katholische Kirche St. Nikolaus in Talas. Sie zwangen die im Aufbruch begriffenen Gottesdienstteilnehmer zurück ins Gebäude und hielten sie dort so lange fest, bis zwei slowakische Nonnen eine Erklärung unterschrieben hatten. Darin gestehen sie »illegale missionarische Aktivitäten« und die »Verbreitung ihrer Ideologie«.

Solche Übergriffe trugen dazu bei, dass Kirgisistans historisch niedriger Wert im Bereich christenfeindlicher Gewalt den stärksten Anstieg aller Länder verzeichnete. Dies geschah vor dem Hintergrund einer immer stärkeren Konzentration von Macht durch die politische Führung in den vergangenen Jahren. Amnesty International stellte im April fest, dass die Regierung ihre Kampagne zur Unterdrückung öffentlicher Kritik und friedlicher Proteste intensiviert hat. Neue Gesetze, die vage definierte Vorstellungen von kulturellen Traditionen und nationalen Werten fördern, haben die Rechtsstaatlichkeit untergraben und die Meinungsfreiheit eingeschränkt. Die Definition von verbotenen »politischen Aktivitäten« wird unterdessen derartig weit gefasst, dass dadurch das Recht auf Versammlungsfreiheit beschnitten wird.

Ähnlich verhielt es sich im Nachbarland **Kasachstan**, dessen Wert für 2025 um 3 Punkte stieg - immerhin der fünfthöchste Anstieg aller Länder. Dadurch rückt das Land in der Rangliste um 9 Plätze auf Rang 38 vor. Nur Kirgisistan hat sich um noch mehr Plätze verschlechtert. Auch in Kasachstan war der Grund ein deutlicher Anstieg der Gewalt gegen Christen. Seit 2010 hat das kasachische Regime unter Präsident Nursultan Nasarbajew einen zunehmend autoritäreren Charakter angenommen; der Führungswechsel 2019 brachte für Christen keine wirkliche Verbesserung. Infolge der Energiepreiserhöhungen im Jahr 2022 brachen in mehreren Städten die blutigsten Unruhen seit der postsowjetischen Unabhängigkeit des Landes aus. Die Regierung scheint nun mehr denn je Angst vor Protesten zu haben, und Kasachstans Polizeistaat überlässt nichts dem Zufall.

Bei vier Gottesdiensten von nicht registrierten protestantischen Gemeinden in Südkasachstan wurden Razzien durchgeführt. Quellen berichteten, dass 20 christliche Frauen oder mehr aufgrund ihres Glaubens sexuell missbraucht wurden und mindestens ebenso viele mit muslimischen Männern zwangsverheiratet wurden. Solche Zahlen erscheinen unbedeutend in einem Land mit 20 Millionen Einwohnern, von denen sich etwa ein Viertel als Christen

bezeichnen. Doch sie zeigen einen deutlichen Wandel der Situation in jüngster Vergangenheit. Die von ihren Mitgliederzahlen größere orthodoxe Kirche scheint davon nicht betroffen zu sein. Die Protestanten sind eine kleine Minderheit unter den Christen in Kasachstan.

1.2. Bürgerkrieg in Jemen und Myanmar

Seit 2015 herrscht im **Jemen** ein Bürgerkrieg zwischen ethnischen Huthi-Rebellen und der Regierung, die von Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten unterstützt wird. Während ein Waffenstillstandsabkommen nach wie vor in weiter Ferne scheint, nimmt die Gesetzlosigkeit im Land weiter zu und schafft Raum für die Unterdrückung von Minderheiten wie den Christen. Aber nicht nur in den Gebieten unter dem Einfluss der Huthi-Rebellen, sondern auch in den von der international anerkannten Regierung regierten Gebieten, erleben Christen starke Einschränkungen. Das jemenitische Recht verbietet die Abkehr vom Islam und Gotteslästerung, wofür einige Christen verhaftet worden sind. Während des Berichtszeitraums von WWL 2025 wurden Christen von den Behörden inhaftiert, entweder aufgrund ihres Glaubens selbst oder als Reaktion auf falsche Anschuldigungen, die von Familienangehörigen oder anderen Personen als eine Form der christenfeindlichen Schikane erhoben wurden. Die Zunahme der Macht und des Einflusses der Huthi nach den Angriffen auf Israel im Oktober 2023 hat dazu geführt, dass sich Dutzende von christlichen Hauskirchen nicht mehr treffen können. Den wenigen verbliebenen Christen mit Migrationshintergrund steht es rechtlich frei, ihre Gottesdienste im privaten Rahmen abzuhalten. Dies ist jedoch aufgrund des Bürgerkriegs seit Jahren nicht mehr möglich.

Die gefährliche Instabilität im Jemen spiegelt sich im Anstieg der Punktzahl auf dem Weltverfolgungsindex um 4,6 Punkte wider. Diese Veränderung ist in erster Linie auf eine Zunahme der Gewalt gegen Christen zurückzuführen. Im Ergebnis verschlechtert sich der Jemen um 2 Plätze und liegt jetzt auf Rang 3. Nur Christen in Nordkorea und Somalia stehen vor noch größeren Herausforderungen als diejenigen im Jemen.

Myanmar befindet sich seit dem Militärputsch von 2021 in Aufruhr. Der anhaltende bewaffnete Konflikt zwischen der Armee und einer Vielzahl von Oppositionskräften im Jahr 2024 hat das Land auf dem Weltverfolgungsindex um vier Plätze auf Rang 13 nach oben katapultiert. Die Ursachen der Unruhen, die verschiedenen Konfliktpartien und wechselnden Allianzen zu erklären, würde viele Seiten erfordern; auch der Einfluss des benachbarten Chinas verdient Beachtung – ganz zu schweigen von der Flüchtlingskrise jenseits der Grenze in Bangladesch. Klar scheint, dass die Hoffnung auf ein schnelles Ende des Krieges gering ist; die Sicherheitslage in bestimmten Regionen ist unverändert katastrophal und hat sich teilweise sogar noch verschlechtert.

Myanmars Christen machen etwa 8 Prozent der Bevölkerung aus. Sie sind unmittelbar von den anhaltenden Kämpfen betroffen, die inzwischen das ganze Land und zunehmend auch die Städte erreicht haben. Allein im Bundesstaat Kachin haben über 100 000 Christen in Flüchtlingslagern Zuflucht gesucht, um nicht von den Streitkräften des Regimes oder den Kachin-Rebellen getötet oder inhaftiert zu werden. Die Armee greift zunehmend christliche Kirchen an, die sie verdächtigt, Aufständischen Unterschlupf zu gewähren. Pastoren und einfache Kirchenmitglieder wurden inhaftiert, weil man ihnen vorwirft, die Oppositionskräfte zu unterstützen oder sogar anzuführen. Gemäß der buddhistisch geprägten Kultur Myanmars ist das Recht auf Herrschaft eng verknüpft mit der Pflege und Förderung der buddhistischen Tradition. Daher ist es für die derzeitige Junta sehr wichtig, den Buddhismus auch unter den

ethnischen Minderheiten mit allen Mitteln zu etablieren und so die eigenen Machtansprüche zu legitimieren. In einigen überwiegend oder stark christlich geprägten Staaten kam es zu wahllosen Angriffen auf Christen. Einige dieser Angriffe gehen von ethnischen Aufständischen aus. Christen, die in den entlegenen Gebieten und Grenzregionen Myanmars leben, werden auch von kriminellen Gruppen aus dem Umfeld des Drogenhandels und anderer illegaler Aktivitäten bedrängt.

1.3. Anhaltende Gewalt in Subsahara-Afrika

In Afrika leben mehr Christen als auf jedem anderen Kontinent. Im Laufe der Jahre hat Open Doors dokumentiert, dass die hier beheimateten christlichen Gemeinschaften in hohem Maß gezielter Gewalt ausgesetzt sind. Dieses Muster setzt sich auch im Jahr 2025 fort. Die verbreitete Instabilität in der Region hat islamistischen Gruppierungen viel Raum geschaffen. Seit dem Weltverfolgungsindex von 2023 ist die Wertung im Bereich Gewalt für die 15 dort gelisteten Länder südlich der Sahara im Durchschnitt um einen Punkt angestiegen. In 13 dieser 15 Länder - darunter **Burkina Faso**, **Mali** und die **Demokratische Republik Kongo** - wird die herrschende christenfeindliche Gewalt gemäß der Methodik des Weltverfolgungsindex als »extrem hoch« eingestuft.

Die um 3 Punkte gestiegene Wertung des **Sudan** ist auf die Intensivierung des Bürgerkriegs zurückzuführen, der im Frühjahr 2023 zwischen der sudanesischen Armee und einer Allianz von Milizen ausbrach. Dadurch kam es vermehrt zu tödlichen Angriffen und sexueller Gewalt gegen Christen; auch die Zahl der Angriffe auf christliche Häuser und Geschäfte stieg an. Von den 49 Millionen Einwohnern waren bis Mitte 2024 über 7,7 Millionen auf der Flucht – die größte Flüchtlingskrise der Welt. Der Druck auf Christen wird durch eine rassistische Komponente noch verstärkt: Menschen afrikanischer Abstammung werden - anders als Menschen arabischer Abstammung - nicht nur wegen ihres Glaubens, sondern auch wegen ihrer ethnischen Identität zur Zielscheibe. Christen jeglicher Herkunft sind in dem Chaos des Krieges gefangen und werden immer wieder zu leichten Zielen für Angreifer, die sich die herrschende Gesetzlosigkeit zunutze machen. Kirchen werden von den Kriegsparteien beschossen, geplündert und besetzt. Durch die Zunahme von Gewalt gegen Christen ist der Sudan um 3 Plätze auf Rang 5 vorgerückt.

Vier Jahre in Folge ist die Wertung für den **Tschad** um mindestens zwei Punkte gestiegen, so dass das Land 2025 auf dem Weltverfolgungsindex gelistet wird und hier Rang 49 belegt. Auch nach den Wahlen im Jahr 2024 bestehen die politischen Spannungen, die schwachen demokratischen Prozesse und der Kampf der Regierung gegen die islamistische Boko Haram fort. Gleiches gilt für die christenfeindliche Gewalt, die aufgrund der zahlreichen Probleme im Land um sich greift. Das Militär regiert per Dekret, die Zivilgesellschaft hat kaum Zugang zur Regierung. Im Februar 2024 töteten Sicherheitskräfte den wichtigsten Oppositionsführer des Tschad. Im Osten des Landes droht sich die Lage in den Flüchtlingscamps aus dem sudanesischen Bürgerkrieg zu einer ernststen humanitären Krise auszuweiten. Islamische militante Gruppen wie Boko Haram und bewaffnete Fulani-Hirten machen sich die instabilen Verhältnisse zunutze, was zu Morden, Entführungen, Zwangsumsiedlungen und zur allgemeinen Zunahme der Verfolgung und Diskriminierung von Christen führt. Ihnen wird der Zugang zu den Ressourcen der Gemeinschaft verwehrt, sie werden am Arbeitsplatz ungleich behandelt und müssen soziale Ächtung, Überwachung und Einschüchterung erdulden.

Zur stetigen Verschlechterung der Situation für Christen trägt bei, dass sie oft als Verbündete der »anderen Seite« oder als ausländische Spione angesehen werden. Sie werden vertrieben,

und ihr Eigentum wird zerstört und verbrannt. Besonders schwierig ist die Lage in den Regionen außerhalb der Hauptstadt N'Djamena, wo die Christen ihren Glauben wegen des Einflusses extremistischer Gruppen oft nur im Verborgenen praktizieren.

Nigeria hebt sich von dieser Gruppe von Ländern südlich der Sahara ab – allerdings nur, weil es nicht viel Spielraum für eine weitere Verschlechterung der Situation gab: Das Ausmaß der christenfeindlichen Gewalt in dem Land hat bereits den höchsten Wert erreicht, der nach der Methodik des Weltverfolgungsindex möglich ist. Auf der aktuellen Rangliste belegt Nigeria Rang 7; die Wertung Nigerias auf dem Weltverfolgungsindex 2025 ist fast identisch mit der aus dem Jahr 2024. Damit bleibt es einer der gefährlichsten Orte der Welt für Christen. Die Gründe dafür liegen auf der Hand: In den zentralen Gebieten Nordnigerias, wo Christen häufiger anzutreffen sind als im Nordosten und Nordwesten, greifen radikalisierte islamische Fulani-Milizen Bauerngemeinschaften an und töten viele Hundert Menschen, vor allem Christen. Hinzu kommen dschihadistische Gruppen wie Boko Haram und die Splittergruppe Islamischer Staat in der Provinz Westafrika (ISWAP), die unter anderem in den nördlichen Bundesstaaten Nigerias aktiv sind. Hier übt die Zentralregierung kaum Kontrolle aus; Christen und ihre Gemeinschaften werden regelmäßig zum Ziel von Überfällen, sexueller Gewalt und Morden, unter anderem an Straßensperren. Entführungen mit Lösegeldforderungen haben in den letzten Jahren erheblich zugenommen. Mittlerweile hat die Gewalt auch auf die südlichen Bundesstaaten übergegriffen.

Im Nordwesten des Landes ist mit „Lakurawa“ eine neue islamisch-extremistische Gruppe aufgetaucht, die mit modernen Waffen und einem radikal-islamistischen Programm ausgestattet ist. Lakurawa steht in Verbindung mit der expansionistischen Al-Kaida nahestehenden Jama'a Nusrat ul-Islam wa al-Muslimin (JNIM), die ihren Ursprung in Mali hat. Ein [Bericht](#) der Beobachtungsstelle für Religionsfreiheit in Afrika aus dem Jahr 2024 kam zu dem Schluss, dass unter den 30.880 Zivilisten, die zwischen 2020 und 2023 in Nigeria getötet wurden, 22.360 Christen waren, während die Zahl der getöteten Muslime 8.315 betrug – ein Verhältnis von fast 3 zu 1 in einem Land, in dem der Anteil der Christen und Muslime an der Bevölkerung ungefähr gleich groß ist. Zu [Weihnachten 2023](#) wurden beispielsweise mindestens 295 Christen von mehr als 3.000 militanten Fulani getötet, die 38 Dörfer im Bundesstaat Plateau überfielen, wie Truth Nigeria berichtet.

Im Jahr 2023 stellte der neue Präsident Bola Ahmed Tinubu sein Kabinett um und sorgte für ein ausgewogeneres Verhältnis zwischen Christen und Muslimen an den Schalthebeln der Regierung. Dies nährte die Hoffnung, dass die Sicherheitskräfte künftig entschiedener eingreifen würden, um weitere Menschenrechtsverletzungen an Christen zu verhindern. Während des 12-monatigen Berichtszeitraums für den Weltverfolgungsindex 2025, der am 30. September 2024 endete, wurden jedoch kaum Anzeichen dafür festgestellt. Am Abend des Ostersonntags 2024 wurden Dörfer im südlichen Bundesstaat Kaduna in einem Gebiet mit vielen Militäreinrichtungen angegriffen. Zeugen berichteten den Medien, dass die Regierung keine Anstrengungen zum Schutz der Opfer unternommen habe.

2. Die Kirche wird vermehrt in den Untergrund gedrängt

Wie misst man Verfolgung, wenn es keine christliche Kirche mehr gibt, die verfolgt werden kann?

Die Gesamtpunktzahl **Algeriens** im Jahr 2025 ist um 2 Punkte niedriger als ein Jahr zuvor. Der Grund dafür? Alle protestantischen Kirchen wurden entweder zwangsweise geschlossen oder haben unter dem wachsenden behördlichen Druck ihre Gottesdienste eingestellt. Damit gibt es

derzeit keine mehr, die für eine Schließung in Frage käme. Diese Tatsache führte zu einem Rückgang der algerischen Punktzahl für Gewalt, was wiederum die Gesamtpunktzahl senkte.

Andere Formen des Drucks auf die algerischen Christen haben jedoch zugenommen. Die Zahl der laufenden Gerichtsverfahren gegen Christen ist auf ihrem Höchststand. Andere halten sich bedeckt, um einer Strafverfolgung aufgrund von Gesetzen zu entgehen, die die nicht-muslimische Religionsausübung regeln. Die Regierung übt in verschiedenen Bereichen Druck auf die Kirche aus, wobei sie sich besonders auf christliche Online-Aktivitäten konzentriert. Dieser allgemeine Druck in Verbindung mit den zahlreichen Kirchenschließungen hat viele algerische Christen in die Isolation getrieben.

Die Verdrängung der Christen aus der Gesellschaft und die Schwächung von Kirchen ist ein Muster, das in der Weltverfolgungsindex 2025 in einer Reihe von Ländern festgestellt wurde:

Die kleine christliche Gemeinschaft in **Libyen** ist äußerst vorsichtig, um eine Wiederholung der Razzien vom März 2023 zu vermeiden, bei der zahlreiche Christen verhaftet wurden.

Im Fall von **Syrien** sind die dramatischen Veränderungen durch den Sturz von Präsident Assad noch nicht berücksichtigt, da der Berichtszeitraum zum Weltverfolgungsindex jeweils im September endet. Während dieses Zeitraums ist die Plünderung von Kirchen - ein Jahr nach dem Erdbeben vom Februar 2023 - etwas zurückgegangen. Steigende Kriminalität, zunehmende Korruption, wachsende religiöse Diskriminierung und politische Instabilität schürten die Angst. Dies führt zu einer Auswanderung von Christen, verändert die demografische Struktur der alten Geburtsstätte der Kirche, schwächt die Kirchen und stellt die Zukunft des christlichen Lebens in der Region in Frage.

Im **Gazastreifen** und im **Westjordanland** kämpfen die christlichen Gemeinden seit dem Überfall der Hamas auf Israel und dem dadurch ausgelösten Krieg buchstäblich ums Überleben. Im Gazastreifen wurden mindestens 33 Christen getötet, die meisten Häuser sind mittlerweile zerstört. Im Westjordanland wurden die von den israelischen Behörden auferlegten Beschränkungen verschärft; Reisebeschränkungen, die bereits für christliche Gemeinden galten, wurden nach Ausbruch des Krieges weiter ausgebaut. Viele christliche Familien sind ins Ausland gezogen oder versuchen, die Region zu verlassen.

Die Kirche in **Afghanistan** ist tief in den Untergrund abgetaucht. Aus diesem Grund gibt es weniger wahrnehmbare Ausdrucksformen des christlichen Glaubens, gegen die die Taliban-Behörden vorgehen können. Andererseits ist es aufgrund der Isolation der Kirche sehr schwierig, verifizierte Berichte über Angriffe im Zusammenhang mit dem Glauben zu erhalten.

Mit jedem Jahr verschwindet auch in **China** mehr von der relativ offenen Präsenz der Kirche. Nicht registrierte Kirchen, die einst von der chinesischen Regierung geduldet wurden, gelten nun als illegal; anders als in den vergangenen Jahren, setzen die Behörden die immer schärferen Vorgaben der Politik immer konsequenter durch. Staatlich zugelassene Kirchen geraten unter stärkeren ideologischen Druck; neue Gesetze zwingen Pastoren zur Teilnahme an Indoktrinationssitzungen, in denen sie dazu angehalten werden, ihre Predigten an staatlichen Vorgaben auszurichten. Kindern unter 18 Jahren ist es verboten, an religiösen Aktivitäten teilzunehmen. Kleinere Gemeinden stehen oft vor der Wahl: Entweder sie schließen sich zu einer größeren, leichter zu kontrollierenden Einheit zusammen oder sie überführen ihre Gemeinschaften in geheime Untergrund-Hausgruppen, um der Überwachung zu entgehen.

China ist der fortschrittlichste Überwachungsstaat der Welt, aber es ist nicht der einzige, und Christen in autokratischen Staaten sind generell wachsamer, weil sie sowohl online als auch im

realen Leben überwacht werden. In China und anderswo stellen die Forscher des Weltverfolgungsindex fest, dass Christen immer vorsichtiger werden, wenn es darum geht, sich offen zu ihrem Glauben zu stellen. Dies ist ein besonders dringendes Signal für Open Doors, das seine Kernaufgabe darin sieht, im Blick auf die weltweite Kirche Jesu »zu stärken, was abzusterben droht« (sh. Offb 3,2).

3. Mexiko sticht in Lateinamerika hervor

Bemerkenswert in Lateinamerika ist die Wertung **Mexikos** mit 71 Punkten. Das entspricht einem Anstieg um 2,4 Punkte gegenüber dem Vorjahr und ist höchste Punktzahl, die Open Doors jemals für Mexiko vergeben hat.

Am stärksten trägt dazu der Bereich christenfeindlicher Gewalt bei. Während die Werte in den meisten Bereichen für 2025 gestiegen sind, sind 14,6 Punkte im Bereich Gewalt gegen Christen die höchste Wertung, die das Land je erhalten hat. Es ist gleichzeitig der höchste Wert für Gewalt unter allen lateinamerikanischen Ländern auf dem Weltverfolgungsindex.

Das organisierte Verbrechen ist in Mexiko ein großes Problem. Die Kartelle, die sich gegenseitig bekämpfen, haben es oft auf Kirchenleiter und christliche Organisationen abgesehen, insbesondere auf solche, die sich für den Frieden einsetzen oder den Opfern von Gewalt und Einschüchterung Hilfe leisten. Die Analysten von Open Doors stellten im letzten Berichtszeitraum einen sprunghaften Anstieg der Zahl der wegen ihres Glaubens getöteten und entführten Christen sowie eine Zunahme der Angriffe auf christliche Häuser und anderes Eigentum fest. Es war generell ein sehr von Gewalt geprägtes Jahr in Mexiko. Mitte 2024 fanden in dem Land Wahlen statt. Bei einer landesweiten Welle von Angriffen wurden mindestens 37 Kandidaten für verschiedene Ämter getötet und Hunderte weitere Kandidaten verletzt. Die Gewaltwelle vor den Wahlen richtete sich zwar nicht speziell gegen Christen, verschärfte aber die ohnehin schon gefährlichen Bedingungen für die Kirche.

Mexiko nimmt im Jahr 2025 auch deshalb eine Sonderstellung ein, weil es als einziges der lateinamerikanischen Länder auf dem Weltverfolgungsindex eine schlechtere Platzierung als im Vorjahr einnimmt. Mit Rang 31 liegt es einen Platz hinter Nicaragua und fünf Plätze hinter der Nummer 26, Kuba. Zuletzt war Mexiko im Jahr 2005 so schlecht platziert.

4. Einige positive Neuigkeiten

Die extremsten Formen der Gewalt gegen Christen in **Indonesien** haben im 12-Monats-Zeitraum bis zum 30. September 2024 abgenommen. Das Ausmaß der Gewalt wurde vor einem Jahr noch als »extrem hoch« eingestuft, ist im letzten Jahr jedoch auf »sehr hoch« gesunken. Dieser Rückgang ist größtenteils darauf zurückzuführen, dass sowohl die Zahl dokumentierter Tötungen von Christen aus religiösen Gründen als auch die Zahl der Angriffe auf Kirchen zurückgegangen ist. Dadurch ist die Gesamtpunktzahl für Indonesiens so weit gesunken, dass das Land aus den 50 Ländern des Weltverfolgungsindex herausgefallen und von Rang 42 im Vorjahr auf Rang 59 zurückgerutscht ist.

Die Bedingungen in **Kolumbien** sind keineswegs ermutigend. Neben den anhaltenden regierungsfeindlichen Guerillabewegungen kämpfen zahlreiche kriminelle Gruppen untereinander um die Kontrolle des Territoriums und des Drogenhandels. Sie wenden Gewalt gegen diejenigen an, die sie als Herausforderung für ihre territorialen Ansprüche betrachten;

darunter sind auch Kirchen, die sich für die Bedürftigsten einsetzen. Trotz alledem haben Guerilla und Drogenhändler im Februar 2024 einen vorübergehenden Waffenstillstand verlängert. Das Ausmaß christenfeindlicher Gewalt in Kolumbien ist im letzten Untersuchungszeitraum des Weltverfolgungsindex etwas gesunken. Der Wert für die Gewalt in Kolumbien liegt zwar weiterhin im Bereich »extrem hoch«, allerdings wurde eine geringere Zahl von Christen aufgrund ihres Glaubens getötet. Die Gesamtpunktzahl für Kolumbien sank um 2 Punkte, und das Land fiel um 12 Plätze auf Rang 46 des Weltverfolgungsindex zurück.

Über die Situation der Christen in **Nicaragua** lässt sich höchstens sagen, dass die Gewalt gegen Christen zwar nach wie vor so hoch ist wie nie zuvor, es aber in anderer Hinsicht noch schlimmer hätte kommen können. Die Punktzahl des Landes auf dem Weltverfolgungsindex 2025 ist im Vergleich zum Vorjahr um etwa 1 Punkt gestiegen; auf der Rangliste belegt es unverändert Rang 30. Der autokratische Präsident Daniel Ortega ging weiterhin hart gegen oppositionelle Stimmen vor. Da Kirchenleiter zu den Hauptkritikern der Regierung gehören, werden sie besonders häufig zum Zielen von Repressalien. Doch die Dinge hätten sich für die Kirche noch schlimmer entwickeln können, hätten die Vereinigten Staaten und Kanada nicht 2024 Vermögens- und Reisesanktionen gegen die Ortega-Regierung verhängt. Diese verstärken die Nicaragua-Sanktionen der Europäischen Union aus dem Jahr 2022, mit denen Ortega zur Wiederherstellung der Menschenrechte und der Demokratie gedrängt werden soll. Im Jänner 2024 ließ die Regierung Ortega den Bischof Rolando José Álvarez von Matagalpa frei, den sie im August 2022 verhaftet und im Februar 2023 wegen antinicaraguanischer Fehlinformation, Behinderung und Ungehorsam zu 26 Jahren Gefängnis verurteilt hatte, und ließ ihn ausbürgern. Seine Freilassung geschah nach 11 Monaten und erfolgte zusammen mit der Freilassung von 18 weiteren Priestern und Seminaristen, die einen Monat lang festgehalten worden waren. Dies ist zwar eine gute Nachricht, allerdings war mit ihrer Freilassung die Abschiebung unmittelbar verknüpft – die letzte in einer Reihe von Deportationen von nicaraguanischen Geistlichen. Während des 12-monatigen Berichtszeitraums des Weltverfolgungsindex wurden 94 Christen – die große Mehrheit von ihnen Priester – ausgewiesen. Seit 2018 wurden schätzungsweise 110 Priester deportiert, was laut The Pillar etwa 15 % des Klerus der katholischen Kirche in Nicaragua entspricht.